

Forschungsprojekt 1.3.101

Akzeptanz von zweijährigen betrieblichen Ausbildungsgängen

Projektbeschreibung

Michael Friedrich
Edith Bellaire
Harald Brandes
Angela Menk

Laufzeit III/03 bis IV/04

Bundesinstitut für Berufsbildung
Robert-Schuman-Platz 3
53175 Bonn

Telefon: 0228 / 107 - 2023
E-Mail: friedrich@bibb.de

www.bibb.de

1. Problemdarstellung

Von Seiten der Politik gibt es aus jüngerer Zeit eine Reihe von Vorschlägen, zweijährige Ausbildungsgänge zu nutzen, um zusätzliche Ausbildungsplätze für Jugendliche mit schlechten Startchancen zu schaffen. So hat die Hartz-Kommission vorgeschlagen, mehr differenzierte, arbeitsmarktfähige Ausbildungsberufe zu entwickeln, um mehr Betriebe in die berufliche Ausbildung einzubeziehen und fährt dann fort: "Die im Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit getroffenen Vereinbarungen, mehr Ausbildungsordnungen mit weniger komplexen Anforderungen zu schaffen, werden konsequent und ohne weitere Verzögerung umgesetzt".¹ In den Koalitionsvereinbarungen der neuen Bundesregierung vom 16.10.02 wird dieser Vorschlag aufgegriffen und angekündigt "differenziertere, zweijährige Ausbildungsberufe ein(zu)führen" (Koalitionsvertrag, S.15). In Verbindung mit weiteren Maßnahmen und einer Reform des Berufsbildungsgesetzes soll so "mehr Jugendlichen eine echte Chance auf eine Ausbildung (ge)geben" werden.

Die Aussage, mehr arbeitsmarktfähige Ausbildungsberufe führten dazu, mehr Betriebe in die berufliche Ausbildung einzubeziehen, ist konsensfähig. Ob die Zustimmung aber auch dann einhellig ausfällt, wenn "mehr Ausbildungsordnungen mit weniger komplexen Anforderungen" geschaffen werden sollen, muss bezweifelt werden. Während sich die Arbeitgeberverbände positiv äußern², lehnt der DGB derzeit mit den Worten ab: "Wir halten nichts von den zweijährigen Berufen."³

Zwar haben sich die Gewichte in dieser alten bildungspolitischen Debatte offensichtlich verschoben, beendet ist sie aber noch nicht. Es scheint nützlich zu sein, wenn die Berufsbildungsforschung zu dieser Diskussion einen empirisch unterstützten Beitrag leistet, denn sehr viel empirische Informationen aus jüngerer Zeit haben wir nicht.

Forschungsstand

Die letzte umfassende Analyse stammt aus dem Jahre 1993⁴; sie kommt zu dem Schluss, für zweijährige Ausbildungsgänge bestehe kein dringender, allgemeiner Bedarf.⁵ Aus dem Mai 2002 gibt es allerdings eine IW-Umfrage bei 633 Unternehmen, die ermittelt hat, dass "62 Prozent solche verkürzten Ausbildungsberufe begrüßen, nur knapp 16 Prozent halten sie für nicht erforderlich"⁶.

Nun ist es eine Sache, einer solchen Frage in einer Erhebung generell zuzustimmen oder auch nicht und eine ganz andere die Bereitschaft, zu erklären, in einem bestimmten zweijährigen Beruf auszubilden und/oder einen so ausgebildeten jungen Menschen zu beschäftigen bzw. eine Einschätzung zu Beschäftigungsmöglichkeiten abzugeben. Hierzu

¹ Hartz-Kommission: Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, Vorschläge der Kommission zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Umstrukturierung der Bundesanstalt für Arbeit, Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.), Bonn, 2002, S. 107.

² So z.B. in einer Pressemitteilung des DIHK vom 03.02.2003: "Unter anderem forderte der DIHK-Präsident neue Ausbildungsberufe mit weniger komplexen Inhalten".

³ So wird das Vorstandsmitglied des DGB, Ingrid Sehrbrock, in einem Artikel "Neuer Streit um kurze Lehrberufe" am 22.10.02 in der Berliner Zeitung zitiert.

⁴ Pütz, Helmut: Integration der Schwachen = Stärke des dualen Systems, Hrsg.: Bundesinstitut für Berufsbildung, Der Generalsekretär, Berlin, Bonn, 1993.

⁵ "Derzeit ist keine breite und drängende Nachfrage der Wirtschaft nach derartigen speziellen Berufsbildern feststellbar; lediglich von einzelnen Branchen, Unternehmen und Berufsbildungsexperten werden solche speziellen Berufe verlangt." ebd., S. 9.

⁶ iwv Nr.38, S. 5, vom 19.9.02.

fehlen empirische Befunde für die Seite der Betriebe. Ebenso ungeklärt ist, ob zweijährige Ausbildungsberufe bei den betroffenen Jugendlichen auf Akzeptanz stoßen würden.

Der derzeitige Kenntnisstand stellt sich, auf der Grundlage der Berufsbildungsstatistik, so dar und scheint den zitierten Befunden der IW-Umfrage zu widersprechen:

Die zweijährigen Ausbildungsgänge verlieren seit vielen Jahren an Attraktivität; die Zahl der Auszubildenden in diesen Berufen ist von 1991 bis heute um rund ein Viertel gesunken. Derzeitig befinden sich gut 40.000 junge Menschen in den zwanzig zweijährigen betrieblichen Ausbildungsgängen, das entspricht gut 2 % aller Auszubildenden, die sich auf vier Berufe konzentrieren:

- die Verkäuferin, mit einem Anteil von mehr als 50 %,
- die Fachkraft im Gastgewerbe,
- den Teilezurichter und
- den Handelsfachpacker.

Ob die mangelnde Akzeptanz der genannten Berufe daran liegt, dass sie in ihrer Mehrheit auf recht alten Ausbildungsordnungen fußen, oder ob sie im Sinne der Hartz-Kommission nicht arbeitsmarktfähig sind, kann nicht pauschal entschieden werden. Einen Hinweis darauf, dass geringe Ausbildungsvolumen auf veraltete Ausbildungsordnungen zurückzuführen sind, könnte der Ausbildungsberuf Fachkraft im Gastgewerbe geben, der 1998 neu geordnet wurde. Für diesen Beruf sind nach der Neuordnung mehr Abschlüsse an neuen Ausbildungsverträgen zu verzeichnen (1999: 3.314; 2000: 3.067; 2001: 3.089) als für den zuvor gültigen Ausbildungsberuf Fachgehilfe/Fachgehilfin im Gastgewerbe (1991: 946; 1995: 1.613; 1997: 2.329). Allerdings scheinen auch bei der Fachkraft im Gastgewerbe die Ausbildungszahlen bei etwa 3.000 Neuabschlüssen pro Ausbildungsjahr zu stagnieren.

Hinsichtlich der Einführung und Ausgestaltung zweijähriger Ausbildungsberufe scheint auch ein Blick über die deutschen Grenzen hinweg hilfreich zu sein. Das neue Berufsbildungsgesetz der Schweiz sieht u.a. die Einführung einer "berufspraktischen Bildung" vor. Individualisierung erfolgt über spezifische kognitive Schulung (Stützkurse) oder durch "Fachpersonen für soziokulturelle Probleme". Zielgruppe sind die rund 15% der Jugendlichen in der Schweiz, die ohne Abschluss der Sekundarstufe II sind (Abbrecher oder Verweigerer). Immanentes Ziel dieser "berufspraktischen Bildung" mit "Attest"-Abschluss ist der sich anschließende Übergang in den "normalen" Lehrberuf, der dann mit dem "eidgenössischen Fähigkeitszeugnis" abschließt. In der Schweiz, mit vergleichbarem beruflichem Bildungssystem, lassen sich also möglicherweise Hinweise/Anregungen finden, wie eine solche Flexibilisierung und Differenzierung der traditionellen dualen Berufsausbildung mit neuen Optionen und Chancen für benachteiligte Jugendliche auf dem Arbeitsmarkt zu verbinden ist. Allerdings ist die Arbeitsmarktsituation in der Schweiz mit der deutschen Problematik nicht vergleichbar. Schon deshalb sind eigene Forschungsanstrengungen erforderlich.

In dem Forschungsdelphi des Bundesinstituts wurden von Berufsbildungsexperten insgesamt fünf Forschungs- und Entwicklungsvorschläge bezüglich spezieller Ausbildungsberufe für praktisch begabte oder leistungsschwache, benachteiligte Jugendliche formuliert. Vorgeschlagen wurden folgende Ausbildungsberufe:

- Servicefachkraft
- Assistenz für Industriemechaniker/Industriemechanikerin
- Ausbildungsberufe im Metall-Bereich nach dem Modell "Teilezurichter/Teilezurichterin"
- Ausbildungsberufe im Dienstleistungsbereich für Absolventen von Sonderschulen
- Ausbildungsberufe im KFZ-Bereich mit besonderer handwerklicher Ausrichtung

Den Entwicklungsbedarf schätzen die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen sehr unterschiedlich ein: Die Vertreter von Kammern und Arbeitgeber-/Wirtschaftsverbänden würden die Entwicklung dieser Ausbildungsberufe begrüßen. Die Arbeitnehmerorganisationen/Gewerkschaften hingegen beziehen eine ablehnende Position. Die Vertreter aus Berufsverbänden, der staatlichen Bildungsverwaltung sowie den staatlichen Forschungseinrichtungen nehmen eher eine neutrale Haltung gegenüber diesem Thema ein.

Einen Hinweis auf den tatsächlichen Bedarf an zweijährig ausgebildeten Fachkräften können auch berufsspezifische Arbeitslosenquoten liefern, wobei sich diese auf Erwerbsberufe bzw. Berufsgruppen beziehen. Für die oben genannten vier Ausbildungsberufe zeigen sich überdurchschnittliche Arbeitslosenquoten. Am Markt werden diese Berufe somit nur in begrenztem Umfang nachgefragt (Daten: Bundesanstalt für Arbeit, Stand 2001):

- Verkäufer/-innen (682 auch Fachverkäuferinnen im Nahrungsmittelhandwerk) 15,8%
- Fachkraft im Gastgewerbe (913 übrige Gästebetreuer/innen) 16,2%
- Teilezurichter (285 sonstige Mechaniker/-innen) 12,2%
- Handelsfachpacker (522 Warenaufmacher/-innen, Versandfertigmacher(innen)) 28,9%
- zum Vergleich: durchschnittliche Arbeitslosenquote (Jahresdurchschnitt 2001) 10,3%

Zentrale Forschungshypothesen

Hypothesen zur Akzeptanz bei Betrieben:

Die Akzeptanz bei Betrieben differiert je nachdem, um welchen Ausbildungsberuf es sich handelt sowie nach Branche und Betriebsgröße:

- Im Handwerk finden zweijährige Ausbildungsberufe nur in geringem Maße eine Akzeptanz. Es ist daher nicht damit zu rechnen, dass die Ausbildungsleistung im Handwerk durch die Einführung zweijähriger Ausbildungsberufe gesteigert werden kann.
- In Industrie und Handel besteht abhängig vom konkreten Ausbildungsberuf ein Bedarf an theoriegeminderten Ausbildungsberufen. Dieser Bedarf nimmt mit der Betriebsgröße zu. Quantitativ ist der Bedarf an diesen Ausbildungsgängen jedoch ebenfalls begrenzt.
- Insgesamt könnte netto nur mit einer geringen Steigerung der Anzahl der Ausbildungsplätze mit Hilfe zweijähriger Ausbildungsberufe gerechnet werden, da die Ausbildungsleistung der Betriebe im Gegenzug bei den drei- und dreieinhalbjährigen Ausbildungsgängen verringert werden würde.

Hypothesen zur Akzeptanz bei Ausbildungsplatzbewerbern:

Die Akzeptanz variiert abhängig von der individuellen Schul- und Berufsbiografie der Ausbildungsplatzbewerber (soziale Herkunft, Schulbildung, berufsvorbereitende Maßnahmen, Suchdauer etc.) und der regionalen Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt. Ein weiteres Kriterium für die Akzeptanz der zweijährigen Ausbildungsberufe ist ihre Erweiterbarkeit (Stichwort: Stufenausbildung) und Anschlussfähigkeit hinsichtlich beruflicher Weiterbildung:

- Bei jungen Menschen ohne Schulabschluss, mit Sonderschulabschluss oder schlechtem Hauptschulabschluss ist die Akzeptanz größer als bei jungen Menschen mit höherem Schulabschluss.
- Junge Menschen, die sich bereits seit Längerem um einen Ausbildungsplatz bemühen und/oder aus Regionen mit einer starken Unterversorgung an Ausbildungsplätzen stammen, zeigen ebenfalls eine größere Akzeptanz.
- Zweijährige Ausbildungsberufe, die um eine Stufe erweitert werden können und hinsichtlich des beruflichen Aufstiegs Anschlussmöglichkeiten bieten, werden von den jungen Menschen in weit stärkerem Maße akzeptiert als Ausbildungsberufe, die diese Erweiterung nicht vorsehen.

Forschungsziele

Das Projekt hat zum Ziel, empirische Evidenz für die Akzeptanz zweijähriger, theoriegeminderter Ausbildungsberufe zu ermitteln und damit die Diskussion über diese Ausbildungsberufe auf eine sachliche Ebene zu stellen. Den Betrieben sowie den Ausbildungsplatzbewerbern werden Beschreibungen von konkreten zweijährigen Ausbildungsberufen vorgelegt. Dadurch wird das Risiko einer bloßen, diffusen Einstellungsäußerung verringert. Die Ergebnisse werden hierdurch genauer (Validität) und die Wahrscheinlichkeit einer tatsächlichen Umsetzung auf der Handlungsebene ist höher. Die Fragen im Fragebogen müssen dementsprechend konkret und verbindlich formuliert werden.

Auf Basis dieser empirischen Ergebnisse soll versucht werden, die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe zu quantifizieren und den zahlenmäßigen Bedarf an Fachkräften mit einer zweijährigen Ausbildung zu ermitteln.

2. Begründete Zuordnung zu Forschungskorridoren

Das Forschungsprojekt ist dem Forschungskorridor 3.1 "Qualifizierungsangebote und Bildungsverhalten" zuzuordnen. Unter den Forschungsthemen der nächsten Jahre wird ein Forschungsbedarf zur "Verbesserung der Ausbildungschancen für Jugendliche mit schlechten Startchancen" gesehen. Im Forschungsprojekt soll geprüft werden, ob zweijährige Ausbildungsberufe zu dieser Chancenverbesserung beitragen können.

3. In Aussicht genommene Methoden, vorgesehene Fachausschüsse/-beiräte, etwaige Fremdforschungsaufträge

Methoden

Wie es mit der Akzeptanz der geltenden und projektierten zweijährigen Ausbildungsgänge bestellt ist, sollte von Seiten der Berufsbildungsforschung schnell geklärt werden. Hierzu sollen drei zeitlich geordnete Untersuchungsschritte durchgeführt werden.

- Zunächst sollen im Rahmen einer Synopse geeignete Ausbildungsberufe bestimmt werden. Hierzu soll erstens der Experten-Monitor des BIBB genutzt werden. Zweitens sollen die vom Kuratorium der deutschen Wirtschaft für Berufsbildung (KWB) vorgeschlagenen Ausbildungsberufe mit weniger komplexen Anforderungen einbezogen werden. Drittens sollen die Ergebnisse eines Projekts des BMWA genutzt werden, in dem es um die "Identifizierung von Tätigkeitsfeldern mit weniger komplexen Anforderungen als Basis zur Schaffung neuer anerkannter Ausbildungsberufe mit abgesenktem Anforderungsniveau" geht. Auf Basis der Synopse soll eine Anzahl an Ausbildungsberufen für die Untersuchung ausgewählt werden, die für die Zielgruppe geeignet erscheinen und eine hohe Erfolgswahrscheinlichkeit und damit Akzeptanz erwarten lassen. Bei der Entscheidung, welche Ausbildungsberufe infrage kommen, sollen geschlechtsspezifische Aspekte der Berufswahl junger Menschen berücksichtigt werden.
- Anschließend wird sich eine repräsentative Befragung von Betrieben, die nicht nur die allgemeine Akzeptanz von zweijährigen Ausbildungsgängen abfragt, sondern konkrete Ausbildungsberufe skizziert und danach fragt, ob der jeweilige Betrieb bereit wäre, so auszubilden und/oder einen so Ausgebildeten zu beschäftigen. Ebenfalls erhoben werden sollte, wie viele Jugendliche ausgebildet bzw. beschäftigt werden könnten, um die quantitative Dimension der Wirkung von zweijährigen Ausbildungsberufen ein-

schätzen zu können. Die Erhebungsmethode muss noch genauer festgelegt werden. Hierzu soll ZUMA-Mannheim um Mithilfe gebeten werden. Eine Variante bestünde darin, die Befragung der Betriebe mehrstufig durchzuführen: Zunächst würden die Betriebe telefonisch kontaktiert, ein/e geeignete/r Ansprechpartner/-in ermittelt und ein Termin für das eigentliche Telefoninterview vereinbart. Die Skizzen der konkreten Ausbildungsberufe würden dann per Brief, Fax oder E-Mail direkt an den/die Ansprechpartner/in übermittelt werden. Alternativen sind die schriftliche (mögliches Problem: geringer Rücklauf) und die persönliche Befragung (Problem: höhere Kosten) der Betriebe. Hier könnten den Betrieben die Beschreibungen der Ausbildungsberufe direkt mit dem Fragebogen vorgelegt werden.

- Aufgrund der Ergebnisse aus den ersten beiden Untersuchungsabschnitten soll eine Befragung von Jugendlichen mit schlechten Startchancen zur Akzeptanz derartiger Ausbildungsgänge durchgeführt werden. In dieser Befragung soll die Meinung von Jugendlichen zu Ausbildungsgängen erhoben werden, die im Untersuchungsschritt zwei bei den Betrieben als relevant eingestuft und mit einem Mindestmaß an quantitativer Bedeutung versehen worden sind. Hierfür könnten Adressen von Teilnehmern an berufsvorbereitenden Lehrgängen der Bundesagentur für Arbeit genutzt werden, die zwar einen Ausbildungsplatz gesucht, aber keinen gefunden haben.

Projektbeirat

Die Arbeiten im Forschungsprojekt sollen von einem Projektbeirat begleitet werden.

Forschungsaufträge

Die notwendigen empirischen Arbeiten sind aus Kapazitätsgründen von den Projektmitarbeiterinnen und Projektmitarbeitern allein nicht zu leisten; es müssen zwei Forschungsaufträge vergeben werden.

1. Für die Durchführung der Betriebsbefragung soll ein Auftrag an ein externes Forschungsinstitut vergeben werden. Dieses muss über entsprechende Erfahrungen und ggf. über die benötigte Technik (CATI, CAPI) verfügen. Wesentlicher Teil des Auftrags ist zudem die Beschaffung von Betriebsadressen und die Ziehung einer repräsentativen Stichprobe. Um differenzierte Aussagen zu ermöglichen, muss die Stichprobe ausreichend groß sein. Zum gegenwärtigen Stand der Planungen wird von einer Stichprobengröße von 1.000 Betrieben ausgegangen.
2. Aus Kostengründen soll die Befragung von Jugendlichen auf 100 mündliche Interviews beschränkt werden. Um repräsentative Angaben zu erzielen, soll aus allen Teilnehmern an Vorbereitungsmaßnahmen der BA eine Zufallsauswahl von brutto 300 Teilnehmern gezogen werden.

4. Interne/externe Kooperationen

Interne Kooperation mit dem Forschungsprojekt Nr. 2.5.101 "Maßnahmen zur Stabilisierung der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung bei schwieriger Wirtschaftslage: ihre Wirksamkeit aus Sicht der Betriebe".

Externe Kooperationen mit der Bundesagentur für Arbeit und dem IAB. Beim IAB insbesondere mit dem Projekt "Expertenbefragung zur Identifizierung von Tätigkeitsfeldern mit geringeren Anforderungen" (Dr. W. Dostal, Dr. P. Kupka, Dr. H. Plicht). Ferner Kooperation mit dem Projekt des BMWA "Identifizierung von Tätigkeitsfeldern mit weniger komplexen Anforderungen als Basis zur Schaffung neuer anerkannter Ausbildungsberufe mit abgesehenem Anforderungsniveau".